

205685-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Erweiterung Olympiastützpunkt Freiburg

OJ S 63/2025 31/03/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landessportverband Baden-Württemberg e. V.

E-Mail: info@lsvbw.de

Rechtsform des Erwerbers: Organisation, die einen durch einen öffentlichen Auftraggeber subventionierten Auftrag vergibt

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Freizeit, Sport, Kultur und Religion

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Erweiterung Olympiastützpunkt Freiburg

Beschreibung: Gegenstand des Verfahrens sind Tragwerksplanungsleistungen nach HOAI 2021 für die Erweiterung des Olympiastützpunktes Freiburg-Schwarzwald.

Kennung des Verfahrens: a5b0ae9d-e539-4773-a7d9-0acaf36c016e

Interne Kennung: 203b

Verfahrensart: Offenes Verfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Freiburg im Breisgau

Postleitzahl: 79177

Land, Gliederung (NUTS): Freiburg im Breisgau, Stadtkreis (DE131)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Die Abgabe kann ausschließlich elektronisch über das Vergabeportal erfolgen. Hierzu ist eine kostenfreie Registrierung auf dem Vergabeportal erforderlich bzw. eine Anmeldung mit der bereits vorhandenen Kennung. Eine Abgabe in Papierform, per E-Mail oder Fax ist nach den Vergabebestimmungen nicht zulässig. Mit dem Teilnahmeantrag sind das Honorarangebot sowie die Unterlagen zum Nachweis der Eignung und zur Auswertung der Zuschlagskriterien einzureichen bzw. entsprechende Angaben zu machen. Wertungsrelevante Nachweise und Angaben sind zwingend mit dem Teilnahmeantrag einzureichen und können nicht nachgereicht werden. Weitere Unterlagen über die verlangten Erklärungen, Nachweise und Referenzen hinaus sind nicht erwünscht und

werden bei der Wertung nicht berücksichtigt. Die Unterzeichnung des Antrags kann entweder mit qualifizierter oder fortgeschrittener Signatur oder in Textform nach § 126b BGB zu erfolgen, dies gilt als Unterschrift für alle Anlagen. Für die Unterschrift in Textform ist nur der Name des Bewerbenden, der das Angebot bzw. den Teilnahmeantrag einreicht, an der dafür vorgesehenen Stelle in den Unterlagen anzugeben. Eine elektronische Signatur ist grundsätzlich nicht erforderlich. Enthalten die Teilnahmeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat er den Auftraggeber vor Abgabe der Bewerbung darauf hinzuweisen. Fragen sind in Textform bis spätestens 19.04.2025 11:00 Uhr über das Vergabeportal unter "Bieterkommunikation" an die Vergabestelle einzureichen. Die Fragen werden in Abhängigkeit von der technischen und/oder (vergabe)rechtlichen Komplexität baldmöglichst beantwortet. Die entsprechenden Antworten werden im Bereich „Vergabeunterlagen“ eingestellt und sind für alle Bewerber einsehbar. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Informationen bei der Erstellung Ihres Angebots berücksichtigt werden. Auskünfte und Informationen werden nur im Falle einer vorherigen Registrierung an die E-Mail-Adresse versandt, die Sie bei der Registrierung im System hinterlegt haben. Wir empfehlen Ihnen daher, eine Registrierung mit einer zentralen E-Mail-Adresse bzw. eine Vertretungsberechtigung einzurichten. Vom Teilnehmer ist sicherzustellen, dass bei einer Registrierung eine gültige E-Mail-Adresse hinterlegt ist. Weitere Informationen zur Bedienung des Systems finden sich im Vergabeportal im Bereich „Bedienungsanleitungen“. Bei Fragen zur Bedienung des Systems können Sie sich gerne an die technische Hotline von subreport wenden: 0221 985 78-0. Es wird darauf hingewiesen, dass das Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden- Württemberg (LTMG) sowie das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz) Anwendung finden. Die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen, insbesondere auch bei dem Einsatz von Nach- und Verleihunternehmen, sind daher zu beachten.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Unternehmen vergeben werden, die nicht aufgrund der in § 123 und §124 GWB beschriebenen Gründe ausgeschlossen wurden. Zwingende Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB liegen beispielsweise vor, wenn eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer Straftat rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße rechtskräftig festgesetzt wurde (z.B. wegen Bildung krimineller oder terroristischer Vereinigungen, Geldwäsche, Betrug, Bestechlichkeit, Nichtzahlung von Steuern, Abgaben oder Sozialversicherungsbeiträgen, usw.). Fakultative Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB liegen vor, wenn beispielsweise bei der Ausübung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde, ein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet wurde, nachweislich eine schwere Verfehlung begangen wurde (z.B. Unterschlagung, Erpressung), Wettbewerbsbeschränkende Absprachen mit anderen Unternehmen getroffen wurden, usw. Von einem Ausschluss kann abgesehen werden, wenn ein Nachweis der erfolgreichen Selbstreinigung gemäß § 125 GWB vorliegt. Dafür muss das Unternehmen aktiv und umfassend an der Sachverhaltsaufklärung mitwirken, eine Schadenswiedergutmachung betreiben und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass vergleichbare Rechtsverstöße in Zukunft vermieden werden.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Planungsleistungen der Tragwerksplanung Erweiterung Olympiastützpunkt Freiburg-Schwarzwald

Beschreibung: Gegenstand der Ausschreibung sind Planungsleistungen der Tragwerksplanung nach HOAI 2021. Der OSP benötigt eine Erweiterung des Funktionsgebäudes, um den an ihn gestellten Anforderungen gerecht werden zu können. Grundlage der Machbarkeitsstudie war das vorgelegte Raumprogramm, welches den Bedarf beschreibt. Raumprogramm (03/2024): - Pausenraum / Besprechung 1 - Besprechung 2 - Besprechung 3 - Lager- / Werkraum "Ski" - Lager- / Werkraum "Rad" - Büro Trainer - Büro Laufbahnberatung - Büro Trainingswissenschaft - Teeküche Auf Grundlage des Raumprogramms wurden im Wesentlichen 3 Varianten untersucht. Die Variante Erweiterung des Bestandsgebäudes im Obergeschoss in Richtung Süden wird favorisiert und ist zwingend umzusetzen. Der Gestaltungsansatz des bestehenden Gebäudes soll fortgesetzt werden und das Gesamtensemble soll als Einheit wirken. Wesentlicher Vorteil dieser Variante ist es, dass der Eingriff in den Bestand reduziert werden kann. Ebenfalls ist das Tragwerk der Erweiterung auf die Tragstruktur der bestehenden Unterkellerung abgestimmt. Somit können die Gründungskosten minimiert werden. Das Bestandsgebäude des Olympiastützpunktes soll vor diesem Hintergrund im Obergeschoss in Richtung Süden erweitert werden. Die benötigten Büro- und Besprechungsräume können an die bestehenden Büroräumlichkeiten angegliedert werden. Ein neuer Lichthof stellt die natürliche Belichtung der bestehenden Büroräume sicher. Die neuen Lager- und Werkstatträume werden ebenfalls ebenerdig zum Straßenniveau untergebracht. Dadurch ist die Nutzbarkeit optimiert, da ein Verladen von Ski- oder Fahrradequipment in Transporter an der nahegelegenen Parkfläche oder sogar witterungsgeschützt unter dem Vordach ermöglicht wird. Neben dem Witterungsschutz hat das Vordach nach Süden die Funktion den immer bedeutender werdenden sommerlichen Wärmeschutz herzustellen. Im Erdgeschoss (ebenerdig zum Stadion) wird im Bereich einer überdachten Außenfläche ein Trainingsraum für Cardio und Athletik hergestellt. Dies ist aufgrund der Nutzungsanordnung im Bestand und der vorhandenen wenig genutzten überdachten Außenfläche sinnvoll. Die Machbarkeitsstudie inkl. Planunterlagen sowie Bestandspläne werden über das Vergabeportal zur Verfügung gestellt. Die Planungsleistung wird der Honorarzone III zugeordnet. Geplante Gesamtkosten der Maßnahme (KG 300+400) KGR 300: 1.564 T€ netto KGR 400: 473 T€ netto Förderprogramm Für die Erweiterung werden Fördermittel gewährt. Der Zuwendungsbescheid ist bereits ergangen. Termine - vorläufig Planungsbeginn Juli 2025 Einreichung Bauantrag Ende 2025 Baubeginn Juni 2026 Fertigstellung 4. Quartal 2027 (Diese Termine sind angedacht. Termine aus der Machbarkeitsstudie sind nicht relevant)

Interne Kennung: 203b

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Der Erwerber behält sich das Recht vor, zusätzliche Käufe vom Auftragnehmer zu tätigen, wie hier beschrieben: Die genannte Planungsaufgabe ist in der Leistungsphase 1 voll und in Leistungsphase 2 teilweise bereits abgeschlossen. Gegenstand

des Vergabeverfahrens sind Leistungen der Tragwerksplanung in den Leistungsphasen 2 (teilweise) bis 6 gem. § 51 HOAI, sowie der Nachweis Erdbebensicherung sowie die ingenieurtechnische Kontrolle in Leistungsphase 8 als besondere Leistung. Es soll eine stufenweise Beauftragung der einzelnen Leistungsphasen erfolgen. Mit Abschluss des Vertrages für die Tragwerksplanung erfolgt die Beauftragung sukzessive optional wie folgt: 1. Leistungsphase 2 (teilweise bis 3 sowie als besondere Leistung Nachweis Erdbebensicherung in Leistungsphase 3 2. Leistungsphase 4 bis 6 sowie als besondere Leistung ingenieurtechnische Kontrolle in Leistungsphase 8 Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller Leistungsphasen besteht nicht.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: 79117 Freiburg im Breisgau, Schwarzwaldstraße 177
Land, Gliederung (NUTS): Freiburg im Breisgau, Stadtkreis (DE131)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 27 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Zugelassene Unternehmensformen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Verfahren zugelassen sind Einzelunternehmen, GbR, GmbH, Bergwerksgemeinschaft oder andere mit Angabe der Nr. der Eintragung in einem öffentlichen Register und Registergericht oder Genehmigungsbehörde falls zutreffend.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Nachweis des besonderen Berufsstandes gem. § 75 (1) und (3) VgV

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Nachweis des besonderen Berufsstandes, § 75 (1) und (3) VgV: Es gelten folgende fachliche Anforderungen für die Planungsleistungen: Als Qualifikation wird die Nennung von mindestens einer nachweisberechtigten Person im Bereich Standsicherheit (Eintragung in die von der Ingenieurkammer Baden-Württemberg geführte Liste nachweisberechtigter Personen im Bereich der Standsicherheit oder entsprechende Listen anderer Bundesländer) des Unternehmens gefordert. Die Qualifikation kann vom Projektteam erfüllt werden oder einer anderen Person des Unternehmens. Juristische Personen sind nur zugelassen, wenn zu ihrem satzungsgemäßen Geschäftszweck Planungsleistungen gehören, die der anstehenden Planungsaufgabe entsprechen und wenn sie für die Durchführung der

Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen benennen, der die zuvor genannten Zulassungsvoraussetzungen erfüllt. Nachweis bei Bewerbern mit Sitz in einem EU-Staat durch Vorlage durch das nach dem Recht des Herkunftsstaates des Bewerbers maßgeblichen Dokuments gemäß Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Erforderliche Angaben und Nachweise

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Nachweis der Eignung des Unternehmens bzw. der Bietergemeinschaft wird anhand der nachfolgend geforderten Erläuterungen und Nachweise geprüft. 1. Angaben zum Bieter (Name und Rechtsform des Unternehmens, Vertretung, Kontaktdaten). 2. Erklärung zur Zusammensetzung bei einer Bieter-/Bietergemeinschaft (§ 43 VgV). 3. Erklärung zu vorgesehenen Nachunternehmerleistungen, sofern im Auftragsfall Teile des Auftrags als Unterauftrag an Nachunternehmen vergeben werden sollen (§ 36 VgV). 4. Eigenerklärung zu einer beabsichtigten Eignungsleihe, sofern zum Nachweis der Eignung die Leistungsfähigkeit eines anderen Unternehmens in Anspruch genommen wird (§ 47 VgV). 5. Eigenerklärung, dass die Leistungserbringung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgt, insbesondere durch wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen und dass keine Interessen bestehen, die im Widerspruch zur Ausführung des Auftrags stehen oder diese nachteilig beeinflussen könnten (§ 46 Abs. 2 VgV). 6. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 und § 124 GWB. 7. Eigenerklärung, dass die Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden- Württemberg (LTMG) erfüllt werden. 8. Eigenerklärung zur Einhaltung der Sanktionen der EU gegen russische Unternehmen / Personen / Lieferanten (Auftragsverbot). 9. Nachweis, dass das Unternehmen über den gesamten Leistungszeitraum über eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung in Höhe von mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden und mind. 1,0 Mio. Euro für Sachschäden verfügen. Die Schadensersatzleistung muss mindestens das Zweifache der Versicherungssumme pro Jahr betragen (§ 45 Abs.1 Nr. 3 und Abs. 4 Nr. 2 VgV). 10. Nachweis besondere Berufsqualifikation gemäß § 75 VgV. 11. Angaben zum vorgesehenen Projektteam gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV (Name und Qualifikation der Projektleitung, Stellvertretende Projektleitung, Ingenieurtechnische Kontrolle). 12. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit Eignungsprüfung gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenzobjekt Bieter/ Bietergemeinschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Als geeignet werden Bieter eingestuft, die ein Referenzobjekt gemäß den Mindestanforderungen erbracht haben. Vorgaben zu Mindestforderungen: - Es handelt sich um einen Neubau oder Erweiterung eines Nichtwohngebäudes. - Referenzprojekt mind. in HZ III gem. § 52 HOAI eingeordnet. - Die Inbetriebnahme des Referenzobjektes ist zum Zeitpunkt der Bekanntmachung abgeschlossen und liegt nicht länger als 3 Jahre zurück. - Es wurden mind. die Leistungsphasen 2 – 6 selbst erbracht. - Vergleichbare Größenordnung (Kostengruppen 300 - 400) mind. 1 Mio. € netto.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Zuschlagskriterium 1: Technische und Berufliche Leistungsfähigkeit -

Referenzobjekt Mindestanforderung: - Es handelt sich um eine Erweiterung eines Nichtwohngebäudes. - Referenzprojekt mind. in HZ III gem. § 52 HOAI eingeordnet - Die Inbetriebnahme des Referenzprojektes ist zum Zeitpunkt der Bekanntmachung abgeschlossen und liegt nicht länger als 3 Jahre zurück. - Es wurden mind. die Leistungsphasen 2 – 6 selbst erbracht. Sonstige Anforderung: - Vergleichbare Größenordnung (Kostengruppen 300 - 400) mind. 2 Mio. € netto Wenn alle geforderten Mindestkriterien erfüllt wurden, werden Punkte wie folgt vergeben: Wenn das Referenzprojekt hinsichtlich der zugrunde gelegten Kostengruppe (n) vergleichbarer Größenordnung ist oder den geforderten Wert übersteigt, wird die hinterlegte Punktzahl (35 Punkte) vergeben. Bei geringerer Größenordnung wird die zu vergebende Punktzahl linear interpoliert. Berechnungsmethode: angegebenes Projektvolumen / gefordertes Projektvolumen (2 Mio. € netto) x hinterlegte Punktzahl (35).

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 35

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Zuschlagskriterium 2: Technische und Berufliche Leistungsfähigkeit:

Beschäftigtenzahl. Bitte geben Sie die durchschnittliche Anzahl der fachbezogenen Mitarbeitenden (inkl. Unternehmensleitung, ohne freie Mitarbeiter) im Bereich Tragwerksplanung an. Nicht einzubeziehen sind freie und kaufmännische Mitarbeitende sowie Praktikanten und Hilfskräfte. Die Wertung erfolgt gemäß der beigefügten Bewertungsmatrix! Im Falle einer Bietergemeinschaft (keine Nachreichung möglich) werden die Beschäftigtenzahlen der einzelnen Mitglieder addiert. Bitte die Anzahl für jedes Mitglied angeben. Wenn die durchschnittliche Mitarbeiterzahl in den Jahren 2022, 2023, 2024 und zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Bekanntmachung gleich oder größer 8 ist, werden 15 Punkte vergeben, wenn sie unter 4 liegt, wird kein Punkt vergeben. Liegt die durchschnittliche Mitarbeiterzahl dazwischen, also zwischen 4 und kleiner 8, wird die zu vergebende Punktzahl linear interpoliert. Berechnungsmethode: angegebene Mitarbeiterzahl / Mitarbeiterzahl (8) x hinterlegte Punktzahl (15).

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: Zuschlagskriterium 3: Honorarangebot Honorarangebot – Plausibilität/ Höhe des Honorarangebotes in Relation zum günstigsten Honorarangebot (auf Grundlage des verbindlichen Honorarangebotes) Bewertung: Die Bewertung des Zuschlagskriteriums erfolgt nach folgender Berechnungsformel: Die Bewertung des günstigsten Honorarangebotes erfolgt mit 50 Punkten. Die Bewertung der weiteren Honorarangebote erfolgt linear in Relation zum günstigsten Honorarangebot: (günstigstes Honorarangebot / weiteres Honorarangebot) x 50 Punkte. Zwischenwerte werden auf eine Dezimalstelle interpoliert.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 19/04/2025

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E62345733>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E62345733>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 28/04/2025 11:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der ausgefüllte Teilnahmeantrag und das Angebot sind zwingend einzureichen.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 28/04/2025 11:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Antrag auf ein Nachprüfungsverfahren ist nach § 160 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen -GWB- unzulässig, soweit: 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt. 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nummer 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt. Auf die grundsätzlichen Regelungen zu Nachprüfungsverfahren in den §§ 155 - 184 GWB wird verwiesen.

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Landessportverband Baden-Württemberg e. V.

Registrierungsnummer: 99059/04169

Postanschrift: Fritz-Walter-Weg 19

Stadt: Stuttgart

Postleitzahl: 70372

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

E-Mail: info@lsvbw.de

Telefon: +49 71 1 20 70 49 85 0

Internetadresse: <https://www.lsvbw.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk-bwl.de

Telefon: +49 721 926-8730

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 2c9a8ac4-ce05-4c97-b97c-3082938f02b5 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 28/03/2025 14:47:25 (UTC+01:00)

Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 205685-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 63/2025

Datum der Veröffentlichung: 31/03/2025